



Zweieinhalb Jahre Jamaika!? Ein kritischer Blick der GdP ...

Ein Kommentar zur Halbzeitbilanz eines „Experiments“

Der Stellvertretende Landesvorsitzende der GdP und gleichzeitig der Hauptpersonalratsvorsitzende Andreas Kropius kommentierte im Sommer 2017 für uns den Jamaika-Koalitionsvertrag nach Veröffentlichung wie folgt: „Es ist erfreulich, dass viele unserer Forderungen in den Koalitionsvertrag Eingang gefunden haben. Dennoch sind einige Formulierungen butterweich und müssen erst noch mit Leben und Inhalten gefüllt werden. Insgesamt hat aber auch das Jamaika-Bündnis offenbar erkannt, dass es ohne eine personell auskömmliche, motivierte, gut ausgebildete und ausgerüstete sowie gesunde Polizei für alle Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein nicht gehen wird.“ Insofern werde begrüßt, dass die Pfade, die die Vorgängerregierung mit dem Perspektivpapier nach einigen Anstößen durch die GdP beschrritten hat, weiter gegangen werden sollen, so Kropius. Takt und Geschwindigkeit dürfen dabei gerne erhöht werden.

Die weisen Einschätzungen des Kollegen Kropius treffen den Nagel auf den Kopf.

Die Landesregierung setzt konsequent den Personalaufbau im Polizeivollzug fort und sorgt somit dafür, dass im Jahre 2023 ein Personalzuwachs von 500 Stellen im Vollzugsbereich erreicht wird. Es ist sogar gelungen, innerhalb der Landespolizei eine geeinte Sichtweise über die Verteilung des zusätzlichen Personals zu erreichen. Die Laufbahnzweige, die Fläche, Ermittlungs- und Einsatzdienststellen profitieren in einem ausgewogenen Verhältnis. Die Behörden und Personalräte signalisierten Einvernehmen.

Die Formulierung des Koalitionsvertrages, dass in einem zweiten Schritt daraus eine zusätzliche fest-



Torsten Jäger

Archivfoto: Gründemann

stehende Einsatzhundertschaft aufzustellen ist, um die Reaktionsfähigkeit bei Großdemonstrationen zu verbessern und die Beamtinnen und Beamten des polizeilichen Einzeldienstes dauerhaft von zusätzlichen Demonstrationseinsätzen zu entlasten, bleibt noch offen.

Wir finden es allerdings richtig, dass zunächst der abgestimmte Personalaufbaupfad beschritten wird, und anschließend über eine zweite Einsatzhundertschaft und der entsprechenden organisatorischen Einbindung entschieden wird. Zunächst wird das Personal dringend auf den vorhandenen Dienststellen der Landespolizei gebraucht. Dann aber wird die zweite Einsatzhundertschaft zur Jamaika-Messlatte. Sie bedeutet zusätzliches Personal und zusätzliche Ausstattung. Beides ist nicht zum Nulltarif zu haben und unsere klare Erwartungshaltung an die Landesregierung, die hier im Wort steht.

Die Zahlung von Erschwerniszulagen wurde quantitativ und qualitativ deutlich verbessert. Die Zahlungen für Dienst zu ungünstigen Zeiten nä-

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

hern sich allmählich der von der GdP geforderten Fünf-Euro-Marke, Spezialeinheiten, ZSK und Einsatzhundertschaft erhalten erhöhte bzw. neue feste Zulagen. Hier hält die Landesregierung Wort und setzt die Versprechen des Koalitionsvertrages um.

Die gesundheitsförderliche Wochenarbeitszeitverkürzung für langjährig Schichtdienstleistende ist umgesetzt. Ein echter Meilenstein zur Entlastung hochbelasteter Kolleginnen und Kollegen in schwierigen Dienstformen, auch im bundesweiten Vergleich! Was noch gänzlich fehlt, ist ein im gleichen Atemzug gegebene weiteres Entlastungsversprechen: „Unser Ziel ist es, dass erhöhte Anforderungen und wissenschaftlich anerkannte Gesundheitsbelastungen

durch den Schichtdienst bei der Festlegung der ... Lebensarbeitszeit ihre Berücksichtigung finden.“ Das bleibt Jamaika bisher leider schuldig, obwohl gute Vorschläge auf dem Tisch liegen.

Auch ist es gelungen, deutliche Verbesserungen in Ausrüstung und Bewaffnung umzusetzen, das Einsatztrainingszentrum in Eutin ist eröffnet und bietet großartige Trainingsmöglichkeiten. Der Neubau für die Kriminaltechnik im LKA macht offenbar gute Fortschritte.

Wir haben als GdP gute Erfahrung im vertraulichen Umgang mit dieser Landesregierung erlebt. Die Verhandlungen über die wichtigen Streichungen der Kw-Vermerke im Personalhaushalt, unmittelbar auch mit dem Ministerpräsidenten, führten zu einem riesigen Erfolg, ohne gewerkschaftlich „laut“ werden zu müssen. Wir konnten überzeugen und annähernd 200 Stellen wurden für den Personalhaushalt der Landespolizei gewonnen. Die Ansprechpartner in der Regierung erwiesen sich als verlässlich.

Es gab aber auch irritierende Situationen. Der krachende „Rauschmiss“ der Polizeiführung hat offensichtlich nicht zu einer Beruhigung der „Lage“ geführt. Medial und von anderer Seite wird weiter gegen vermeintliche Führungsnetzwerke alter Zeit gehetzt – die angespannte Situation hat sich damit nicht spürbar verbessert.

Dem Innenminister und der Landespolizeiführung gelingt es nicht gut, mit Vorwürfen und Angriffen auf die Organisation Landespolizei umzugehen. Es scheint manchmal an einer gemeinsamen, verlässlichen Sprache und Haltung zu fehlen.

Jamaika und gerade die Finanzministerin haben ernsthafte Gespräche zu Strukturverbesserungen in der Bezahlung und Versorgung versprochen. Gespräche wurden geführt. Ernsthaft waren sie offensichtlich nicht. Nicht ein Vorschlag der DGB-Gewerkschaften und damit auch der GdP wurden übernommen. Eine geplante Umsetzung wurde schlicht vor die Füße geworfen. Die Versorgungsempfänger wurden vorsätzlich verprellt. Dabei geht es um die zwingend notwendige Attraktivität des öffentlichen Dienstes, des Dienstes in der Landespolizei. Unsere Hinweise, dass Arbeitszeit für junge Menschen ein wichtiges Attraktivitätskriterium ist, werden vom Tisch gewischt. Hier hat

die Landesregierung leider einen blinden Fleck! Die Spaltpilze der Landesregierung sind ungenießbar, und die GdP wird ihre Mitglieder nicht spalten lassen.

Das wird auch deutlich bei den festgefahrenen Diskussionen um Gesundheitsfördermöglichkeiten in der Arbeitszeit auch für Tarifbeschäftigte. Die Landesregierung blockt auch hier, obwohl der Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Dirk Schrödter, ganz bewusst sein Thema der Flexibilisierung der Anfangs- und Endzeiten in der variablen Arbeitszeit mit dem Thema Anrechenbarkeit von Maßnahmen zur Betrieblichen Gesundheitsförderung als Arbeitszeit verknüpft hat – eine krachende Enttäuschung und Niederlage für Herrn Schrödter, dass sich viele Ressorts der Landesverwaltung verweigern, leider aber auch eine riesige Enttäuschung für über 1000 Tarifbeschäftigte in der Landespolizei.

Es gibt auch weiterhin viele Baustellen in der Landespolizei: Die Kraftfahrzeugausstattung ist unzureichend. Eine versprochene Realisierung einer flächendeckenden Frauen- bzw. Mannausstattung mit sogenannten ultramobilen Endgeräten ist ins Stocken geraten. Die eklatanten Mängel an den Dienstgebäuden und unzureichender Platzbedarf sind riesige ungelöste Themen.

Der Koalitionsvertrag verspricht: „Des Weiteren wollen wir für Polizistinnen und Polizisten ein verlässliches und schlüssiges Beförderungssystem dauerhaft etablieren.“ In der Tat stellen wir fest, dass es erhebliche Verbesserungen im Personalhaushalt gibt. Auf der anderen Seite gibt es kaum Themen in der Landespolizei, die kritischer diskutiert werden als die Dienstpostenbewertung, die Beurteilungen und die Stellenbesetzungsverfahren. Hier fehlt es nach wie vor an einer getragenen Gesamtlösung, obwohl in fast jeder unserer Mitgliederversammlungen der Innenminister auf die Problematik angesprochen wird.

Aktuell will Jamaika eine Polizeirechtsreform auf den Weg bringen. Spannend, wenn wir uns die politischen Farben der Koalition anschauen. Wir hoffen, dass sie den Namen Reform auch verdient und den dringenden Sicherheitsinteressen der Menschen gerecht wird. In diesem Zusammenhang ist uns das Thema Fürsorge für unsere Kolleginnen und

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der

**Ausgabe 1/2020:
Montag, 2. 12. 2019**



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Schleswig-Holstein**

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 1. Januar 2019

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497



KOMMENTAR

Kollegen ganz wichtig. Die versprochene verbesserte psychologische Betreuung ist bei nur zwei Psychologinnen in der Landespolizei wohl nicht zu erreichen. Schadensersatzforderungen an Kolleginnen und Kollegen und rechtlich zwar korrekte aber ethisch kaum nachvollziehbare Versagungen von Dienstunfallanerkennungen führen zu deutlichem Nachbesserungsbedarf in der Ausgestaltung der dienstlichen Fürsorgeverpflichtung. **Die Erfüllung von Schmerzensgeldansprüchen durch den Dienstherrn nach tätlichem rechtswidrigen Angriff im Wege der Ersatzvornahme nach § 83 a LBG erleben wir in der Praxis häufig noch als kompliziert und umständlich.**

Die sogenannten PROFIL-Themen der Landespolizei sind in erster Linie auch politische Themen: Ein riesiges Projekt mit vielen Arbeitsgruppen und erheblichen Arbeitszeitinvestitionen. Hier erwarten und erhoffen wir kurzfristige Lösungen und Ergebnisse. Diese werden auch politisch zu bewerten sein.

Für den Bereich des Justizvollzuges hat das Jamaika-Bündnis Wort

gehalten und die im Koalitionsvertrag zugesagte unabhängige Personalbedarfsanalyse auf den Weg gebracht. Es soll ermittelt werden, wie sich der tatsächliche Personalbedarf, auch unter Berücksichtigung der erheblichen Krankenstände, darstellt. Die Ergebnisse sollen Anfang Januar 2020 bekannt gegeben werden.

Nicht in den Griff bekommen hat das Justizministerium die andauernden hohen Krankenstände insbesondere im Allgemeinen Vollzugsdienst. Diese liegen weiterhin bei aktuell rund 11%. Es sollte durch die Politik vermieden werden, die erwarteten Ergebnisse der Personalbedarfsanalyse als Allheilmittel zu verkaufen. Mit der Berechnung der fehlenden Stellen allein ist es nämlich nicht getan. Dieser Stellenbedarf muss zunächst anerkannt und für den dann folgenden Haushalt beantragt werden. Danach beginnt die Suche nach geeignetem Personal, anschließend erfolgt eine zweijährige Ausbildung. Auf der Zeitschiene kann man hier über einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren sprechen, bevor das dringende benötigte Personal tatsächlich

in den Justizvollzugsanstalten ankommt.

Der Justizministerin gelingt es leider nicht, Stabilität in die Führungsebene des Strafvollzuges zu bekommen. Dieses führt zu erheblicher Unruhe und Unzufriedenheit bei den Bediensteten. Es ist zwingend notwendig, endlich Kontinuität in die Dienstabläufe zu bekommen. In den ersten Monaten haben wir häufiger folgende Äußerungen gehört: „Wir haben das Geld, was die Küstenkoalition nicht hatte. Insofern können wir liefern.“

Die wirkliche und von Haltungen geprägte Politikgestaltung von Jamaika wird sich zeigen, wenn das Geld knapper wird. Erste Signale gibt es leider. Mal sehen, ob zu den Überzeugungen gestanden wird oder ob wir eine Politik nach Haushaltslage erleben werden. Die Anzeichen sind leider an einem sich verdunkelnden Horizont zu erkennen. Die Finanzministerin lässt keine Gelegenheit aus, die sich verschlechternde Haushaltslage zu betonen.

Es wird Zeit, dass der Ministerpräsident Jamaikas in diesem Punkt positionierend eingreift.

LVWG

Harmonisierung des Polizeirechts so nicht erreichbar

Stellungnahme der GdP zur geplanten Reform des LVWG

Kiel – Nach der Regierungskabinettsitzung Anfang November ließ die Landesregierung über den Innenminister Hans-Joachim Grote verlauten, dass die Reform des Polizeirechts auf den Weg gebracht worden sei. Es soll der Spagat durch moderate Anpassungen für eine effektive Gefahrenabwehr und dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor ungerechtfertigter Beeinträchtigung ihrer Freiheitsrechte gelingen. Handlungsleitend seien dabei die sich dramatisch entwickelnden Gefährdungslagen und die Rechts- und Handlungssicherheit für Polizeibeamte.

Kriminalitätsentwicklungen und Terrorgefahren haben die innere Sicherheit zu einem sehr wesentlichen gesellschaftlichen und politischen Thema gemacht. Die Polizeigesetze der Länder, in Schleswig-Holstein das Landesverwaltungsgesetz, dienen dem präventiven Schutz der Rechts-

güter Leben, Gesundheit, Freiheit und Eigentum und müssen an die sich entwickelnde Lage angepasst werden. Die GdP fordert bundesweit einheitliche Polizeigesetze. Länderübergreifende Einsätze wie der Tag der Einheit am 3. Oktober 2019 in Kiel mit Polizeikräften aus dem gesamten Bundesgebiet, machen deren Notwendigkeit deutlich.

Insofern ist es zwingend geboten, zunächst die Vorlage des Musterpolizeigesetzes abzuwarten, das durch die IMK (12. bis 14. Juni 2017) in Auftrag gegeben wurde, um dann auf dieser Grundlage unmittelbar miteinander korrespondierende Landesgesetze zu schaffen. Da auch andere Länder bereits Änderungsgesetze verabschiedet oder zumindest Entwürfe vorgelegt haben, dürfte eine erforderliche Harmonisie-



Innenminister Hans-Joachim Grote, der Leiter der Polizeiabteilung Torsten Holleck und Landespolizeidirektor Michael Wilken (v. r.) bei der Pressekonferenz. Foto: Gründemann

rung des Polizeirechts mit der nunmehr in die Wege geleiteten Reform in Schleswig-Holstein nicht zu erreichen sein.

Der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Torsten Jäger: „Wir stehen als GdP ausdrücklich zur Bürgerpolizei, das kann und

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

darf sich auch nicht ändern. Trotzdem halten wir die skizzierten Anpassungen bei den Befugnissen zum Schusswaffengebrauch für unumgänglich.“

Beim Vorgehen gegen Terroristen oder andere das Leben bedrohenden Gewalttätigen muss ethisch und rechtlich notgedrungen auch über die gezielte Tötung entschieden werden. Es ist unverständlich, dass nur die Polizeigesetze in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein bisher keine Regelungen zum finalen Rettungsschuss enthalten. Mecklenburg-Vorpommern hat jedoch inzwischen einen Novellierungsentwurf (Landtagsdrucksache MV 7/3694 v. 5. Juni 2019) vorgelegt, in dem der finale Rettungsschuss aufgenommen worden ist. Die GdP hält es für angebracht, dieses im Landesverwaltungsgesetz Schleswig-Holstein als Regelung zum sogenannten „finalen Rettungsschuss“ aufzunehmen, um den eingesetzten Polizeibeamten Rechtssicherheit im Handeln zu geben, und das auch in Extremsituationen. Der einzelne Beamte kann nach gegenwärtiger Rechtslage den finalen Rettungsschuss nicht anwenden, sondern höchstens im Rahmen der Jedermannsrechte des Strafgesetzbuches agieren.

Aber auch bei Schaffung einer Rechtslage im Landesverwaltungsgesetz Schleswig-Holstein kann es in solch komplexen Einsatzgeschehen nicht der Entscheidung des einzelnen Polizeibeamten überlassen werden, über den finalen Rettungsschuss allein entscheiden zu müssen. Dieser muss durch die Einsatzleitung freigegeben bzw. legitimiert werden. Dennoch darf nach unserer Auffassung kein Polizeibeamter zum tödlichen Schuss auf einen Menschen gezwungen werden. Die letztendliche Vollzugsentscheidung muss beim ausführenden Polizeibeamten als Gewissensentscheidung verbleiben.

Regelungen zum Schusswaffengebrauch gegen Personen im Kindesalter und zur Warnung sind sinnvoll und unumgänglich. Sie schließen erkannte Lücken im bestehenden Recht.

Die Aufnahme der Befugnis zum Einsatz von Distanz-Elektroimpulsgeräten (DEIG) halten wir für richtig. Damit wird ein Testlauf für die Landespolizei rechtlich ermöglicht, der angedachte Dreijahreszeitraum ist



Torsten Jäger war nach der Pressekonferenz begehrter Interviewpartner der Medien.

Foto: Gründemann

nach Auffassung der GdP allerdings zu lang.

Auch die rechtliche Normierung des Einsatzes von sogenannten Bodycams unterstützt die GdP ausdrücklich. Die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte unterstreicht die Notwendigkeit dieses Einsatzmittels als wirksame Gegenmaßnahme.

Mit der zunehmenden Gewalt eskalation gegen Einsatzkräfte lassen sich auch die Anpassungen der Sicherstellungs- und Fesselungsbefugnisse erklären. Viele alltägliche Situationen, in denen bisher gefährliche Gegenstände nicht sichergestellt und ggf. aggressive Personen nicht gefesselt werden durften, führten zu Widerstandshandlungen oder Angriffen auf Polizeibeamte.

Anhalte- und Sichtkontrollen sollen um die Befugnis der Identitätsfeststellung zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität erweitert werden. Die Gewerkschaft der Polizei bedauert, dass 2017 endgültig die anlasslosen Sicht- und Anhaltekontrollen (Schleierfahndung) bis zu einer Tiefe von 30 Kilometern von Auslandsgrenzen weggefallen sind, selbst wenn die alte Fassung sehr zu wünschen übrig ließ: Die Polizei durfte anhalten, aber nahezu keine weiteren Maßnahmen ergreifen. Insbesondere durfte die Identität kontrollierter Personen nicht festgestellt werden. Damit war Schleswig-Holstein gegenüber anderen Länderpolizeien und auch der Bundespolizei im Nachteil. Gerade bei der heutigen Sicherheitslage wäre die Schleierfahndung hilfreich. Diese Form der Kontrollen steigern die Erkenntnislage der Polizei, kann Hinweise zu Personen geben und auch zu Ermittlungen und Festnahmen führen. Die Initiative ist zu begrüßen, allerdings soll-te bei Schleierfahndungskontrollen dringend auf eine bundeseinheitliche Ausgestaltung der zulässigen taktischen Maßnahmen ge-

achtet werden. Diese Einheitlichkeit wird auch nicht mit der zweifellos zu begrüßenden Möglichkeit zur Identitätsfeststellung hergestellt.

Die Ergänzung von besonderen Mitteln zur Datenerhebung um den Einsatz verdeckter Ermittler sowie den Einsatz von GPS-Trackern, die Befugnis zur Erteilung von Aufenthaltsgeboten und Meldeauflagen und die Befugnisse zur Unterbrechung der Telekommunikation und der sogenannten elektronischen Fußfessel zur Abwehr terroristischer Gefahren hält die GdP für notwendige gesetzgeberische Maßnahmen.

Torsten Jäger ergänzt: „Wir befürworten daher die genannten Zielsetzungen, warten aber die genaue Gesetzesformulierung endgültig ab, um dann nach fachlicher Beratung Stellung zu beziehen. Eines wird aber schon jetzt deutlich. Der Regierungsvorschlag ist nur ein Kompromiss, bei dem einiges, was wir seit Jahren für dringend geboten halten, leider wieder nicht umgesetzt wird.“

Beispielhaft sind hier zu nennen:

- Die Schaffung von verbindlichen Fürsorgeaspekten zugunsten eingesetzter Polizeibeamtinnen und Polizeibeamter. Gerade die letzten Tage des Polizeialltages in Lübeck und Ahrensburg zeigen: Zum Alltag des Streifen- und Einsatzdienstes bei der Polizei gehören Ad-hoc-Entscheidungen mit großer Tragweite bis hin zu Grundrechtseingriffen der Freiheit der Person und der körperlichen Unversehrtheit. Die Streifen- und Einsatzpolizisten müssen tagtäglich damit rechnen, mit derartigen heiklen Situationen und Entscheidungen rund um die Uhr und unter anderen vielfältigen Stressfaktoren konfrontiert zu werden.
- Es bleiben viele Fragen zur Vorratsdatenspeicherung, Datenübermittlung, der Anlage von Kriminalakten und Auswertung von Messenger-Diensten offenbar ungeklärt. Jäger: „Nach schwersten terroristischen Verbrechen wie jüngst in Halle gibt es schnell Kritik an der präventiven Polizeiarbeit. Wir müssen dafür sorgen, dass die technischen Möglichkeiten einer automatisierten Übertragung relevanter Daten an einen vernetzten Zentralrechner auch rechtlich genutzt werden können. Diese Daten müssen schnellstmöglich allen Berechtigten der Sicherheitsbehörden zur Verfügung stehen.“



AUS DEN REGIONALGRUPPEN

Sicherheit ist gewährleistet

CDU-Abgeordneter Tim Brockmann widerspricht SPD-Kritik am Zustand des Preetzer Polizeigebäudes

Kiel – Der polizeipolitische Sprecher der CDU, Tim Brockmann, widerspricht der Kritik der SPD am Zustand der Unterkunft der Preetzer Polizeistation (die DP berichtete in der letzten Ausgabe).

Bei einem Besuch der Dienststelle in Preetz habe er nicht den Eindruck gewonnen, dass sofortiger Handlungsbedarf bestehe, stellte der in Preetz lebende Christdemokrat fest. Auch vom Leiter des Polizeireviers Plön, Michael Martins, sei seine Bewertung bestätigt worden. Damit wies der CDU-Politiker die Bewertungen von Katrin Wagner-Bockey und Regina Poersch zurück, die nach einer Stippvisite bei der Preetzer Dienststelle einen ungenügenden Sicherheitsstandard bemängelt hatten. Zweimal hätte die SPD 40 000 Euro für den Haushalt 2019 und 2020 für ein Gutachten beantragt. Beide Anträge seien abgelehnt, hat-

ten Wagner-Bockey und Poersch kritisiert.

In seiner Stellungnahme verwies Tim Brockmann darauf, die Preetzer Beamten bei einer Nachtschicht begleitet und sich dabei einen persönlichen Eindruck verschafft zu haben. „Dabei ist mir natürlich auch aufgefallen, dass die Station in einem baulich schwierigen Zustand ist“, berichtete der CDU-Politiker. Aber es werde weder die Sicherheit der Beamten oder Bürger aufs Spiel gesetzt, noch würden Maßnahmen verzögert. Brockmann rief in Erinnerung, dass die Polizeistation nach den Angriffen im April vergangenen Jahres aufgerüstet worden sei. „Zumindest das, was auf die Schnelle möglich war, ist gemacht worden“, unterstrich der 42-Jährige, der seit 2018 Mitglied in der Preetzer Stadtvertretung ist. So sei die Polizeistation mit einer Videoüberwachung

ausgestattet worden. Brockmann warnte vor einer zu schnellen Umrüstung: Bei späteren Maßnahmen könnten sich Schnellschüsse als unpraktisch erweisen. Die Forderungen Wagner-Bockeys und Poersch bezeichnete Brockmann als „Oppositionshandeln“ und „Aktionismus“. Der bauliche Zustand des Preetzer Dienstgebäudes bestehe schon länger. Bauliche Änderungen befänden sich aber bereits in der Planung. „Aber das Verfahren braucht Zeit“, so Tim Brockmann.

Die Verantwortung für Umbauten läge beim Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSH), das sich jedoch an der Kapazitätsgrenze befände. „Deshalb bleiben Dinge liegen“, konstatierte Brockmann. Auch wenn sich die Preetzer Polizeistation in einem „unbefriedigenden Zustand befindet“, könne nur das gemacht werden, was aktuell möglich sei.

SPENDENAUFTRUF

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wenden uns mit einem Anliegen an Euch, das uns sehr bewegt:

Vor Kurzem ist unser langjähriger Schichtkollege Kai Teichmann Vater von Zwillingen geworden. Bei der Geburt von Ove und Enno kam es jedoch zu Komplikationen, in deren Folge seine Ehefrau Kim verstorben ist. Kai ist nun mit den Jungs allein nach Hause zurückgekehrt. Und auch wenn der Schmerz nicht zu lindern und Kim nicht zu ersetzen ist, so wollen wir dennoch versuchen, Ove und Enno den Start ins Leben zumindest in finanzieller Hinsicht zu erleichtern.



Hierfür haben wir ein Spendenkonto eingerichtet:

Empfänger: Ove und Enno

IBAN: DE44 1203 0000 1038 8557 61

Wir danken Euch für Eure Unterstützung!

Dienstgruppe D, 4. Polizeirevier Kiel



Einladung!

Regionalgruppe Kiel-Plön Skat- und Knobelabend

Dienstag, 17. Dezember 2019, ab ca. 18 Uhr im Sportheim des FC Kilia Kiel, Hasseldieksdammer Weg 165 in 24114 Kiel. Ab 18 Uhr Snack (Currywurst, pp.). Start der Spiele ab ca. 19 Uhr. Einsatz für GdP-Mitglieder 5 Euro, für Nichtmitglieder 7 Euro. Meldungen an Kollegen Michael Tietgen, PBR Kiel, Tel. 1 60 15 81 (per E-Mail: Michael.tietgen@polizei.landsh.de) oder an Michael (Ede) Strauß, 1. PR Kiel, Tel. 1 60 11 28 (per E-Mail: Michael.Strauss@polizei.landsh.de).

Lübeck-Ostholstein

Einladung zum Adventskaffee am Donnerstag, 5. Dezember 2019, um 15 Uhr in der Handwerkskammer Lübeck, Breite Straße. Anmeldung bei Jörn Löwenstrom, 01 52 53 10 45 12 oder joern.loewenstrom@gdp.de oder Oskar Scharnowski, 04 51/29 29 42 22 oder o.scharnowski@gmx.de

Schleswig-Holstein Mitte

Bereiche Rendsburg, Hohenwestedt, Nortorf und Eckernförde

Gemütlicher Nachmittag bei adventlicher Stimmung am Dienstag, 10. Dezember 2019, um 15 Uhr im Restaurant des „Hotel Hansen“, Rendsburg, Bismarckstraße 29. Erinnerungen werden aufgefrischt, der 1. Vorsitzende und eingeladene Akti-

ve werden über Veränderungen in der Polizei berichten können. Anmeldungen bitte bis zum 5. Dezember 2019: Frank Poster 0 43 31/8 98 00, Ha.-Jo. Sommer 0 43 31/2 92 57, Uwe Jansen, E-Mail: Jansen-u@gmx.de, Gerd Schweinem 0 43 51/4 54 58, E-Mail: Gerd.Schweinem@web.de

Nord/KG Schleswig-Flensburg – Seniorengruppe Flensburg –

Einladung an alle GdP-Senioren mit Partnern zum gemütlichen vorweihnachtlichen Klönschnack am Mittwoch, 11. Dezember 2019, 15 Uhr, im Siemers Antik-Café, Blasberg 2-8, 24943 Flensburg. Anmeldungen bitte bis zum 9. Dezember 2019 an Hermann Reissig, Tel.: 04 61-4 19 37, E-Mail: HermannReissig@t-online.de

AUF REISEN

Leinen los und Schiff ahoi – mit der Fähre nach Oslo und zurück ...

Wie sagt der Volksmund so schön: „Wenn eine eine Reise tut, dann kann sie was erzählen“. Leinen los und Schiff ahoi, so hieß es dann auch im Oktober in Kiel für acht GdP-Frauen auf der Fähre „Fantasy“ der Color Line in Richtung Oslo. „Fähre? Das ist doch keine Fähre!“, machten sich die ersten Stimmen breit, nachdem wir unser „Schiff“ im Hafen von Kiel entdeckten. „WOW, das ist ja riesig! Das soll eine Fähre sein?“, diese und wei-

tere ähnliche Äußerungen folgten im Sekundentakt.

Am frühen Nachmittag konnten wir das Ablegen der Fähre auf dem Sonnendeck No. 13 – mit ein paar Sonnenstrahlen im Gesicht und einer leichten salzigen Brise in der Nase – genießen. Für einige war es tatsächlich das erste Mal auf einem Schiff, denn das war es tatsächlich, ein Schiff. 15 Decks – das ist doch groß, oder? Die Vorfreude auf die gemeinsame Zeit war schon deutlich spürbar. Einige Frauen kannten sich bereits durch andere Veranstaltungen – neue Gesichter kamen hinzu. Beim gemeinsamen Abendessen beim Italiener fanden wir heraus, dass wir aus Berlin, Pirna, Stuttgart, Duderstadt und Itzehoe angereist waren beziehungsweise unseren dienstlichen Wohnsitz dort haben. Anke Kawald von der GdP Schleswig-Holstein organisierte zum x-ten Mal diese Reise nach Oslo ausschließlich für Frauen der GdP. Diesmal für Frauen der Bundespolizei. Kurz-

weilige Gespräche und ein Abendprogramm im Theater rundeten den 1. Tag stimmungsvoll ab. Am folgenden Tag, im Osloer Hafen angekommen, konnte uns das Regenwetter nicht davon abhalten, Norwegens Hauptstadt Oslo per pedes zu erkunden. Beim Spaziergang zum königlichen Schloss zu Oslo, dem angrenzenden Park und die prachtvoll mit Blumen ausdekorierte Innenstadt konnten wir trotz regennasser Straßen das Flair der norwegischen Monarchie spüren. Mit bunten Regenschirmen bewaffnet, in farbenfrohen Jacken gekleidet und der guten Laune durch die Eindrücke des Tages getragen, kehrten wir etwas durchgefroren auf „unser Schiff“ zurück. Den weiteren Austausch über gewerkschaftliche Themen, die unterschiedlicher nicht sein konnten, ließen uns den leichten Wellengang zeitweise vergessen. Etwas müde, leicht „seekrank“ – jedoch glücklich über die vielen Eindrücke und die kompakte gemeinsame Zeit – legten wir am Sonntagvormittag in Kiel die Leinen wieder an. Beim Abschiednehmen waren wir uns alle einig, diese drei kurzweiligen Urlaubstage rufen, wie die uns begrüßenden Möwen in Kiel, nach Wiederholung. Und dann heißt es wieder „Leinen los und Schiff ahoi“!

Ines Rilling



GdP-Seniorenreise vom 22. bis zum 29. August 2020



GdP-Seniorenreise

Wien

ab **799,-***
p.P.
* Einzelzimmerzuschlag 349,-



Wiener-Kaffeehäuser, die Hofreitschule oder der Prater – Kultur mit Schmäh.

Wien gehört zu den schönsten Städten der Welt und gerade zu dieser Jahreszeit. In Wien haben nicht nur viele Herrscher und ihre Familien residiert, sondern auch viele Berühmtheiten aus Kultur, Geschichte und Wissenschaft gelebt. Als Kunst- und Kulturstadt ist Wiens Rang unbestritten. Im Bereich der Künste sind fast alle Stilepochen vertreten. Genießen Sie Wiens süße Leckereien und lassen Sie die Wiener Kaffeehaus-Atmosphären auf sich wirken. Entdecken Sie das imperiale Flair der schönsten Sehenswürdigkeiten, wie Schloss Schönbrunn oder die Hofburg.

Wir reisen mit der Bahn (durchgehender ICE ab/bis Hamburg) an, wohnen im Zentrum im 3-Sterne-Superior-Hotel STAR Inn Premium, gegenüber vom Hauptbahnhof, nahe zum Schloss Belvedere.



Im Reisepreis sind folgende Leistungen enthalten:

- Hin- u. Rückreise mit durchgehendem ICE ab Hamburg ab Hamburg 8:02 Uhr, Ankunft in Wien 16:45 Uhr ab Wien 13:15 Uhr, Ankunft in Hamburg 21:54 Uhr
- Platzreservierung inklusive
- 7 Übernachtungen im 3-Sterne-Superior-Hotel STAR Inn Premium im Doppelzimmer
- 7 x Frühstück
- 7 x City-Tax für Wien
- 3 Ausflüge vor Ort mit Eintritt in den Stephansdom und das Schloss Schönbrunn
- Reisebegleitung durch die GdP-Seniorengruppe

Ausflüge:

- halbtägige Stadtrundfahrt/Stadtrundgang durch die Alt- und Innenstadt mit Besichtigung des Stephansdoms unter fachkundiger Führung
- halbtägige Stadtfahrt mit Schloss Belvedere und Schloss Schönbrunn (inkl. Besichtigung) mit fachkundiger Führung
- Tagesausflug ins Burgenland mit Eisenstadt, Schloss Esterhazy, Storchendorf Rust, Nationalpark Neusiedlersee inkl. Mittagessen mit fachkundiger Führung

Anmeldschluss: 6. Januar 2020

Anmeldung an:

Seniorengruppe

der Gewerkschaft der Polizei in Schleswig-Holstein

Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel

Telefon 0431-17091 / Telefax 0431-17092

psw-reisen.luebeck@t-online.de

psw-tours.de



weitere Angebote im Internet unter
www.psw-tours.de

Und was sonst noch so war ...

1. Oktober

Es regnet in Strömen. Keine guten Vorzeichen für den Aufbau zum Tag der Einheit im Ratsdienergarten. Trotzdem holen wir den Transporter ab und beladen ihn bei zwei Großverbrauchermärkten mit allerlei kulinarischen Lebensmitteln und vor allem mit Getränken für die Einsatzbetreuung. Beim anschließenden Beladen mit unserem Messeaufbau werden Stefan Hensch, Nicole Jelinsky, Sven Martinsen und ich ordentlich nass. Aufgrund des anhaltenden Regens und des Sturms verschoben wir den Aufbau im Ratsdienergarten auf den folgenden Tag.

2. Oktober

7 Uhr: Im Nachhinein kurios: Unser Ausstellungsplatz im Ratsdienergarten ist bereits vom NABU besetzt. Wir klären das sehr vernünftig: Vier Männer, vier Ecken verbringen das leere Zelt auf einen anderen freien Platz. Wir haben hier schließlich gebucht und uns am Vortag vor Ort einweisen lassen. ;-) Der NABU wird informiert und findet später einen anderen Stellplatz. Die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer der GdP, v. a. von der Bundespolizei/Direktionsgruppe Küste, von der Regionalgruppe Kiel-Plön sowie aus dem ganzen Land, beginnen mit der Einsatzbetreuung in der Stadt. 20000 Schritte auf der Fitnessuhr sind keine Seltenheit. Die Getränke und süßen Überraschungen kommen sehr gut an. Beim Bereit-

halteort werden die ausgelegten Spiele gern genutzt. Am Präsentationsstand geben sich derweil die „Promis“ die Klinke in die Hand: CDU-Landtagsabgeordneter Tim Brockmann, der von der Firma Kölln gestiftete Müsliriegel mitbringt, Vertrauensanwältin Christina Musculus-Stahnke, Staatssekretär Torsten Geerds sowie Abteilungsleiter Dr. Torsten Holleck lassen es sich nicht nehmen, sich bei uns über den Verlauf des Einsatzes aus GdP-Sicht zu informieren und über aktuelle Dinge ungezwungen zu schnacken.

3. Oktober

Großer Andrang beim Infozelt der GdP im Ratsdienergarten. Alle wollen am Glücksrad drehen. Auch der Innenminister und der Ministerpräsident geben sich heute die Ehre. Die Einsatzbetreuung läuft hervorragend. Eine Delegation aus Hamburg unterstützt uns zusätzlich. Am Ende des Tages sind alle Give-aways, alle Burger, Naschis und Getränke verteilt. Wir bedanken uns bei allen Kolleginnen und Kollegen, die an diesen Tagen haupt- und ehrenamtlich im Einsatz waren. Eine tolle Mannschaftsleistung!

8. Oktober – 21. Oktober

Ich habe endlich Urlaub und bringe den mit meiner Familie auf Kreta. Selbstverständlich ist diese Reise über unsere PSW-GmbH in Kiel/

Lübeck (und Gott sei Dank nicht über Thomas Cook/Neckermann) gebucht.

26. Oktober

Parteitag der Grünen in Büsum. Auch hier eine runde Sache: Ca. 200 GdP-Mitglieder machen sich an einem grauen Samstagmorgen auf nach Büsum, um gemeinsam lautstark den Protest gegen die geplante Besoldungsstrukturreform vorzubringen. Unser Landesvorsitzender glänzt mit einer impulsiven pointierten Rede. Die Finanzministerin entgegnet schlecht vorbereitet und argumentativ schwach. Das merken auch die Demonstrationsteilnehmer und pfeifen sie entsprechend aus. Anschließend stärken wir uns bei einem Fischbrötchen und treten in Bussen und Autos die Heimreise an.

Das Tagebuch endet für dieses Jahr mit dem Oktober. Trotzdem ist es wegen des Redaktionsschlusses schon jetzt an der Zeit, Weihnachtswünsche zu verfassen:

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern ein frohes Fest im Kreise lieber Menschen. Bleibt (oder werdet) gesund und glücklich! Für 2019 bedanke ich mich für das entgegengebrachte Vertrauen, für die vielen tollen Begegnungen und offenen Gespräche. Für 2020 wünsche ich Euch alles Gute, Gesundheit und Erfolg! Das gilt sowohl persönlich als auch in gewerkschaftlicher Hinsicht. Gemeinsam haben wir noch viel vor. Packen wir es an! Genau so!

+++BESOLDUNGSSTRUKTURPAKET+++ BESOLDUNGSSTRUKTURPAKET+++ Positionen ausgetauscht - Gesetzesentwurf geht ins Kabinett

Am Abend des 5. November 2019 hat im Gästehaus der Landesregierung in Kiel ein Spitzengespräch zum geplanten Besoldungsstrukturpaket der Landesregierung stattgefunden. An dem Gespräch nahmen im Rahmen der Delegation des DGB auch Torsten Jäger für die GdP teil. Die Landesregierung war durch den Ministerpräsidenten, die Finanzministerin und den Chef der Staatskanzlei vertreten. Die Vertreter der DGB-Gewerkschaften erinnerten im Gespräch an die zahlreichen Einschnitte, die die Beamtinnen und Beamten in der Vergangenheit hinnehmen mussten. Angesichts der guten Haushaltslage ist es an der Zeit, ein spürbares Zeichen zu setzen. Deutliche Kritik wurde an dem zu geringen, gedeckelten Gesamtvolumen und auch an dem langen Zeitplan bis 2024 geübt, in dem nun Verbesserungen umgesetzt werden sollen. Mit der neuen November-Steuerschätzung für Schleswig-Holstein ist hier ein Entgegenkommen möglich. Regelungen, die zur Spaltung der

Tarifbeschäftigten, Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger führen, werden vom DGB und seinen Gewerkschaften abgelehnt. Die Vertreter der Landesregierung warben im Gespräch für ihre Pläne des Besoldungsstrukturpaketes und machten deutlich, dass der finanzielle Rahmen aus ihrer Sicht gesetzt sei. Es wurden verschiedene Varianten diskutiert, seitens der Gewerkschaften wurden sowohl die Themen Arbeitszeit als auch die Sonderzahlung thematisiert. Das Gespräch endete ohne ein konkretes Ergebnis. Der Gesetzesentwurf für ein Besoldungsstrukturpaket soll nun kurzfristig im Kabinett beraten und anschließend den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften zur Beteiligung vorgelegt werden. Der DGB und seine Gewerkschaften werden dann schriftlich Stellung nehmen. Eine Beratung und Beschlussfassung im Landtag wird voraussichtlich in 2020 erfolgen.

